Herbert May

Zwangsarbeit im ländlichen Franken 1939-1945

Manuskript des Vortrags
gehalten am 11.12.2009

Eine Veranstaltung des
Evangelischen Bildungswerk Rothenburg
in Zusammenarbeit mit dem
Verein Alt-Rothenburg

In der
Johanniterscheune
des Kriminalmuseums
Rothenburg ob der Tauber

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Warum interessiert sich ein Freilichtmuseum für das Thema: Ein Freilandmuseum ist in erster Linie ein Museum alter Häuser, in dem jedoch nicht nur die bauliche Gestalt, sondern auch die Geschichte der dort „Behausten“ im Mittelpunkt steht. Ausführliche Befragungen von älteren Hausbewohnern und –nachbarn zu baulichen Veränderungen der Gebäude und zum Leben und Wohnen der letzten 50 bis 70 Jahre auf dem Hof gehören längst zum Standard intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung mit den Häusern, die in die Freilandmuseen übertragen werden. Kommt bei diesen Befragungen die Zeit während des Zweiten Weltkrieges zur Sprache, stellt sich oft heraus, dass in dieser Zeit Kriegsgefangene oder zivile Fremdarbeiter die Hauptlast der Hof- und Feldarbeit mitgetragen haben, da die männlichen Hofbewohner als Soldaten an der Front standen. Meist kennen die befragten Zeitzeugen von den ausländischen Landarbeitern nur noch die Nationalität und die Vornamen – wenn überhaupt. Die Fakten sind in der Erinnerung nicht selten verwischt, zu lange ist das alles her. Es gibt also gute Gründe für die Freilandmuseen, dem Bild vom Alltag der ausländischen Arbeitskräfte auf dem Land deutlichere, schärfere Konturen zu verleihen.

Dazu kommt, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeiter in der Landwirtschaft von der Forschung lange Zeit relativ wenig berücksichtigt wurde, obgleich das Thema an sich, der „Arbeitseinsatz“ von Ausländern in Deutschland, mittlerweile zu den am besten erforschten Bereichen der Geschichte des Nationalsozialismus’ und des Zweiten Weltkriegs gehört. Doch hatte man zunächst vor allem die Situation der Zwangsarbeiter in der Industrie im Blick, und hierzu sind in bereits in den 1980er Jahren einige hervorragende Untersuchungen erschienen.

Es soll hier nun auf der Grundlage der erhobenen schriftlichen und mündlichen Quellen ein grober Überblick zur Zwangsarbeit im ländlichen Franken 1939-1945 gegeben werden, wobei durchaus nicht bei 1945 halt gemacht wird, sondern auch über das Leben ehemaliger Zwangsarbeiter zu berichten sein wird, die nach dem Krieg in Deutschland geblieben sind.

Die Quellen

Hinsichtlich der Schriftquellen bilden die so genannten Gestapo-Akten des Würzburger Staatsarchivs eine wesentliche Grundlage für die vorliegende Darstellung, wobei aus dem gewaltigen Bestand von ca. 19.000 Personenakten allerdings nur eine relativ kleine Auswahl getroffen werden konnte. In ebenso reduzierter Weise berücksichtigt wurde ein weiterer, insgesamt ca. 6.000 Vorgänge umfassender Bestand an Personenakten der Gestapo Würzburg, der in den 1990er Jahren vom Berlin Document Center an das Staatsarchiv Würzburg abgegeben wurde. Stimmungsberichte verschiedener Außenstellen des SD (Sicherheitsdienst des Reichsführers SS) sowie Zwangsarbeiter betreffende Akten der NSDAP-Gauleitung Mainfranken und vor allem einzelner fränkischer Landratsämter (früher Bezirke genannt) bilden einen weiteren wichtigen Teil der Quellenbasis, ebenso wie relevante Archivalien zu Zwangsarbeitern in zahlreichen Kommunalarchiven.

Quantitative Aussagen zu „Displaced Persons“ in allen drei fränkischen Regierungsbezirken konnten aus verschiedenen Quellen gewonnen werden: zum einen aus den – im Staatsarchiv Nürnberg auf Mikrofiche vorliegenden – Akten der amerikanischen Militärregierung (OMGUS), dann aus den Ausländer-Meldungen der Gemeinden an die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), die für die Betreuung und Verwaltung der Lager zuständig war, und schließlich aus den Zusammenstellungen des Bayerischen

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Statistischen Landesamtes, die häufig in Akten der Landratsämter zum „Ausländerwesen“ eingestreut sind.

Neben den Schriftquellen sind es vor allem die mündlichen Quellen, aus denen wir Informationen zum Alltagsleben der Zwangsarbeiter schöpfen konnten. Vier Gruppen von befragten Zeitzeugen sind zu unterscheiden:

1. Einheimische, auf deren Höfen während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter beschäftigt waren.
2. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die im ländlichen Raum Frankens zum „Arbeitseinsatz“ verpflichtet waren und nach dem Krieg in ihr Heimatland zurückgegangen sind.
3. Ehemalige Zwangsarbeiter, die ebenfalls in der Landwirtschaft eingesetzt waren, jedoch nach Ende des Zweiten Weltkrieges dauerhaft in Franken geblieben sind.
4. Kinder aus Beziehungen von (ehemaligen) Zwangsarbeitern und Deutschen.
5. Insgesamt wurden über 40 Befragungen durchgeführt, etwa die Hälfte davon betrafen Zeitzeugen der Gruppen 2, 3 und 4.

Die Zeitzeugen der Gruppe 2 wurden von den Kollegen des Mittelpommerschen Museums Stolp befragt, die dazu einen im Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim entworfenen Fragenkatalog nutzten. Ermittelt wurden die Betroffenen aufgrund der Kartei eines Selbsthilfevereins ehemaliger Zwangsarbeiter in Stolp.

Die Beteiligten

Die Beteiligten an dem Projekt, das neben einer umfassenden Publikation auch eine vom 26. Juli 2008 bis 17. Mai 2009 gezeigte Ausstellung im Fränkischen Freilandmuseum Bad Windsheim umfasste, sind:

- Ein Team des Fränkischen Freilandmuseums unter der Projektleitung von Herbert May
- Eine Geschichts-AG des Carolinum-Gymnasiums in Ansbach unter der Leitung von Frank Fätkenheuer und eine Multimedia-AG (Film) des Carolinum-Gymnasiums unter der Leitung von Helmut Sacha.
- Kollegen des Mittelpommerschen Museums Stolp (Dorota Ciecholewska, Janina Cydzik-Brzezinska) haben Befragungen mit ehemaligen Zwangsarbeitern in Polen durchgeführt und die Antworten ins Deutsche übersetzt.

Die Rahmenbedingungen

Vorweg geschickt seien einige wenige Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen des sog. Ausländereinsatzes in Deutschland: Schon vor Beginn des 2. Weltkriegs gab es einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland. Die Mitte der 1930er Jahre stetig wachsende Wirtschaftskonjunktur im Deutschen Reich verursachte einen Arbeitskräftemangel, der vor allem landwirtschaftliche Arbeiter und Facharbeiter in der (Rüstungs-) Industrie betraf. In Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung wurden jährliche Kontingente polnischer Landarbeiter vereinbart, die zwischen 1937 und 1939 von 10.000 auf 90.000 Arbeitern anstiegen.

© Herbert May, M.A. - Freilandmuseum Bad Windsheim

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Nach dem deutschen Angriff auf Polen im September 1939 zeigte die freiwillige Anwerbung polnischer Landarbeiter kaum mehr Erfolg. Dem weiter steigenden Arbeitskräftemangel begegnete das nationalsozialistische Deutschland nun mit Druck und Zwang bei der Rekrutierung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten. Über 90% aller in Deutschland eingesetzten zivilen polnischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene arbeiten Ende 1940 in der Landwirtschaft. Zahl sank stetig bis ca. 68% im August 1944: Der Bedarf an Industriearbeitern wurde immer größer, vor allem in der Rüstungsindustrie.

Um die Kompetenzen des „Ausländereinsatzes“ zu bündeln, wurde im März 1942 eine Sonderbehörde geschaffen, der ein „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ vorstand. Besetzt wurde diese Stelle mit dem in der unterfränkischen Kleinstadt Haßfurt geborenen Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel. Dessen wichtigste Aufgabe war es, innerhalb kürzester Zeit möglichst viele Ausländer nach Deutschland zu schaffen. Allein auf dem Gebiet der Sowjetunion rekrutierte Sauckel mit brutalen Methoden insgesamt 2,8 Millionen „Ostarbeiter“ für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich. Ihre Lebensbedingungen waren besonders schlecht, die Sterblichkeitsrate erschreckend hoch.

Im Rahmen der so genannten Polen- (8. März 1940) und Ostarbeitererlasse (2. Februar 1942) wurde ein strenges, auf der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus‘ basierendes Regelwerk erlassen. Die „Polenerlasse“ waren ein einziger Aufruf zum Rassismus: Die polnischen Arbeiter unterlagen einer Kennzeichungspflicht („P“ an der Kleidung), jeder Kontakt mit Deutschen außerhalb der Arbeit war verboten – und damit der Besuch von öffentlichen Einrichtungen (Gaststätten, Badeanstalten), das Benutzen von öffentlichen Verkehrsmitteln oder gar von Fahrrädern. „Arbeitsbummelei“ konnte zur Einweisung in so genannte „Arbeitserziehungslager“ führen, bei Kontakten zu deutschen Frauen drohte polnischen Männern die Hinrichtung – darüber wird später noch ausführlicher zu berichten sein. Der Lohn für die polnischen Arbeiter richtete sich zwar nach dem der Deutschen, war aber mit einer 15prozentigen, an den Staat abzuführenden „Sozialausgleichsabgabe“ belegt. Bezahlt werden sollte auch nur die tatsächlich geleistete Arbeit, d.h. im Krankheitsfalle wurde nichts gezahlt. Westliche Zwangsarbeiter, vor allem Kriegsgefangene, waren diesem rassistischen Regelwerk bei weitem nicht in dem Maße unterworfen.

Doch wurde dieses von der Parteiführung geforderte „Herr-Knecht“-Verhältnis gerade im ländlichen Raum häufig nicht umgesetzt, worauf auch später anhand konkreter Beispiele aus Franken noch einzugehen sein wird.

Die verlorene Schlacht bei Stalingrad Anfang 1943 markierte eine Zäsur nicht nur im Kriegsverlauf, sondern auch hinsichtlich der Ausländerpolitik der Nationalsozialisten. Zum einen verstärkte sich der Zwangscharakter: Die Rekrutierungsmethoden wurden noch verschärft, eine Rückkehr in die Heimat war für die ausländischen Arbeiter praktisch unmöglich, selbst nach Auslaufen der Verträge für die Zivilarbeiter. Auf diese Weise konnte das NS-Regime im Zeitraum von Anfang 1943 bis Kriegsende – trotz der militärischen Niederlagen – noch einmal 2,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene rekrutieren, darunter 600.000 Kriegsgefangene aus Italien, das nach dem Sturz Mussolinis vom Kriegsverbündeten zum Kriegsgegner geworden war. Zum anderen erfuhren die „Ostarbeiter“ eine bessere Behandlung, da mittlerweile auch den rassistischsten Parteigenossen klar geworden war, dass die Arbeitsleistung unterernährter Zwangsarbeiter in

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

der deutschen Kriegswirtschaft zu wünschen übrig ließ. Ideologisch-propagandistisch wurde dieser Kurswechsel nun derart erklärt, dass das Deutsche Reich nicht gegen das russische Volk Krieg führe, sondern „nur“ gegen den Bolschewismus, wodurch – ganz anders als zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion – „rassische“ Gesichtspunkte nun den politischen untergeordnet wurden. 1944 erreichte der „Ausländereinsatz“ mit 7.126.000 Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern (= 19.9 % aller Beschäftigten) seinen Höhepunkt, davon arbeiteten 2.401.000 Ausländer in der Landwirtschaft (= 22,1 % der dort Beschäftigten).

Das Ausmaß des Zwangsarbeiter-Einsatzes
Insgesamt waren zw. 1939 u.1945 etwa 13,5 Millionen ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Gebiet des „Großdeutschen Reiches“ in den Grenzen von 1942 eingesetzt, davon ca. 20 % Frauen, wobei es ganz schwierig ist, verlässliche Zahlen zu erheben. Das gilt auch für den fränkischen Raum. Ich will jetzt nicht auf die Probleme im Detail eingehen, das würde zu weit führen. Die Überlieferung ist jedenfalls lückenhaft, besonders zu Unterfranken. Quellen sind v.a. die Arbeitsamtsstatistiken, die Meldungen der Landkreise und die Erhebungen der Flüchtlingsorganisationen nach dem 2.Weltkrieg.

Nach Auswertung dieser Quellen und auch der schon erhobenen Zahlen bspw. zu Nürnberg und Schweinfurt ist sicherlich von mindestens 200.000 bis 250.000 zivilen Ausländern auszugehen, die zwischen 1939 und 1945 in ganz Franken arbeiten mussten. Die Kriegsgefangenen und Häftlinge sind hierbei nicht berücksichtigt: Allein zwischen 1943 und Ende 1944 stand der Wirtschaft in Nordbayern ein durchschnittliches Arbeitskräftereservoir von ca. 32.000 arbeitspflichtigen Kriegsgefangenen zu Verfügung.

Zur Situation im (Alt-) Landkreis Rothenburg: (nach den Mitt. der Landkreise): 1941: 472 Zwangsarbeiter (darunter 434 Polen), 1944. 1.647 (darunter 961 Polen, 432 Russen).

Zur Rekrutierung in den Heimatländern
In der Anfangsphase setzten die Deutschen in den besetzten Gebieten zunächst auf die Anwerbung von Freiwilligen. Als diese Werbungsversuche nicht den erwünschten Erfolg erbrachten, ging man zu offener Zwangsrekrutierung über. Willkürmaßnahmen wie Straßenrazzien, die Verschleppung junger arbeitsfähiger Menschen aus Wohnhäusern und öffentlichen Einrichtungen sowie die bewusste Trennung von Familien kennzeichneten die Rekrutierungsmethoden der Besatzer. Ganze Geburtenjahrgänge – häufig noch im Kindesalter – wurden zur Arbeit gezwungen. Dörfer mussten Kontingente stellen und Familien die entsetzliche Entscheidung treffen, welche Angehörigen sie nach Deutschland ausliefern.

Die damals 18jährige Ukrainerin Feodosia M. erinnert sich an die Rekrutierungspraxis in ihrem Dorf im Frühjahr 1942: „*Da haben sie erst einmal durchgegeben vom Bürgermeister, die sollen sich freiwillig melden, die Leute, nach Deutschland zu gehen. Und da hat sich keiner gemeldet. Und da haben sie wieder und wieder den Auftrag gegeben, der Bürgermeister soll schauen, dass er Leute zusammenbringt. Und dann haben sie gesagt, es muss. Da haben sie eine andere Methode angewandt und haben sich die Leute einfach rausgesucht, also der und der und der von der Familie, die müssen jetzt einfach fort. Die haben früh bekanntgegeben und am Abend haben wir fortgemusst […]Ob das Eheleute waren oder noch jüngere Kinder– das war ganz egal, die haben das alles ausgeräumt, die haben da alles mitgenommen.“* Auch die ukrainische Familie von Archip W. war von einer derartigen

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

familienbezogenen Kontingentierung betroffen: sie wurde aufgefordert, ein Familienmitglied zum „Arbeitseinsatz“ zur Verfügung zu stellen. „*Und sie haben gesagt, wo drei, vier Kinder, einer müsse mit. Und dann haben sie uns geholt, das war am 18. Mai 42*.“ Es war ein Montag, die Nacht zuvor hatte Archip W. mit seiner Schwester auf einem Hochzeitsfest gefeiert. „*Und am nächsten Tag waren sie da bei uns, haben sie mich geholt, da war der Rucksack schon zusammen gepackt, ein bisschen was zu essen, umgezogen, und auf'n Wagen drauf gehockt und dann sind wir fortgefahren. Da ist mein Vater noch ein Stückchen mitgefahren, so bis zu den Äckern […] Auf dem Stein hat er da gehockt und gegrint ganz arg. Gegrint hat er arg, mein Vater. Naja, und dann sind wir fort. Das war schon arg schwer. Und dann ist* [der Vater] *umgebracht worden im Krieg. Den hab ich nicht mehr gesehen*.“
Fast alle befragten ehemaligen Zwangsarbeiter gaben an, dass sie nicht freiwillig nach Deutschland gingen, sondern deportiert wurden. Die polnische ehemalige Zwangsarbeiter Eugenia N. war erst 15 Jahre, als sie im März 1940 zu Zwangsarbeit verpflichtet und nach Deutschland gebracht wurde. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage hatte ihre Mutter kurz vor Kriegsbeginn – also etwa ein gutes halbes Jahr vorher – Polen verlassen, um in Frankreich zu arbeiten. Als Eugenia N. dann deportiert wurde, hielt sie brieflichen Kontakt zur Mutter, die sich große Sorgen um ihre Tochter machte. Während die Tochter auf einem Bauernhof bei Ansbach arbeiten musste, erkrankte die Mutter schwer und verstarb. Eugenia N. hat noch heute ihre damalige entsetzliche Lage vor Augen: die Trennung von der Familie, der Tod der Mutter, die Angst vor der ungewissen Zukunft.

Der Transport nach Franken erfolgte in der Regel in geschlossenen oder gar offenen Güterwagen, ein Kübel in der Ecke diente zur Verrichtung der Notdurft. Verpflegung musste nach Aussagen einiger Befragter von zuhause mitgebracht werden. In den Durchgangslagern wurden die Deportierten unter entwürdigenden Umständen „entlaust“ und medizinisch auf Tauglichkeit untersucht. Eines der auch für die Verteilung nach Franken zuständigen größten Durchgangslager befand sich ab März 1942 in Neumarkt (Oberpfalz) – das Lager haben bis Kriegsende 128.000 Zwangsarbeiter durchlaufen. Unterhalten wurde diese Verteilungslager von den Landesarbeitsämter (ab 1943: Gauarbeitsämter)

Vor Ankunft der Züge in der Region wurden die Bauern vom Arbeitsamt bereits informiert, um sich die passenden Arbeitskräfte auszusuchen. Beim Auswahlverfahren zur rücksichtslosen Trennung von Familien, deren Angehörige auf verschiedene Höfe verteilt wurden. kam es nicht selten zu Szenen regelrechter „Menschenmärkte“, wie die Schilderung eines ehemaligen polnischen Fremdarbeiters belegt, der als 16-jähriger Junge in der niedersächsischen Ortschaft Unterlüß (Landkreis Celle) „erworben“ wurde: „*Zu mir ist ein großer Mann, wie Goliath gekommen, fragte mich wie alt ich bin. Ich sagte ihm: ‚16‘, er prüfte meine Muskeln und sagte ’Komm mit‘. So kaufte er mich wie einen Kohlkopf*“. Auch eine Bäuerin aus Seubersdorf (Landkreis Ansbach) wurde über die Ankunft eines Fremdarbeitertransportes in Neustadt/Aisch informiert. Dort angekommen, sah sie, wie die jungen, kräftigen Männer sogleich von weit vorne stehenden Einheimischen – meist Parteimitglieder der NSDAP – ausgewählt wurden: bei diesem Auswahlprozess sind Familien rücksichtslos zerrissen worden. Ihr selbst blieb ein altes russisches Ehepaar, das mit Tochter und Enkelkindern nach Deutschland kam. Die Bäuerin konnte den Hof in Erfahrung bringen, auf dem die Tochter arbeiten musste, so dass zumindest der innerfamiliäre Kontakt nicht abriss

© Herbert May, M.A. - Freilandmuseum Bad Windsheim

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Unterkunft

Für die zur Zwangsarbeit verpflichteten Kriegsgefangenen wurden in den Dörfern bestehende Räumlichkeiten zu Lagerzwecken eingerichtet. Oftmals dienten Gasthaussäle als Kriegsgefangenenlager: In Kleinrinderfeld (Landkreis Würzburg) ist beispielsweise der Tanzsaal des Gasthauses „Zur frischen Quelle“ als Lager genutzt worden. In Bad Kissingen diente die Leichenhalle des jüdischen Friedhofes als Lager für russische Gefangene, im mittelfränkischen Gunzenhausen die Synagoge.

Zur Sicherung der bewachten Lager war die Vergitterung der Fenster vorgeschrieben. Morgens wurden die Gefangenen von Wachposten zum Arbeitseinsatz auf die Bauernhöfe gebracht und abends von dort wieder abgeholt. Die Lagerunterbringung erforderte dadurch allerdings einen hohen personellen und – durch die langen Wege zu den Höfen – auch zeitlichen Aufwand, was die Nationalsozialisten veranlasste, eine Unterbringung auf den Bauernhöfen mit der Zeit zu dulden. Aus diesen Gründen wurden viele Kriegsgefangene aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, um direkt auf den Höfen unterkommen zu können, war effektiver.

Zivile ausländische Arbeiter waren ohnehin meist auf den Bauernhöfen untergebracht. Die „Polenerlasse“ vom März 1940 und zahlreiche Polizeiverordnungen hatten das Ziel, den Kontakt zwischen Zwangsarbeitern und Bauersleuten außerhalb der Arbeitszeiten weitestgehend zu verhindern. Die Zwangsarbeiter sollten mit den Bauersleuten nicht unter einem Dach wohnen, ihre Kammern waren um 21.00 Uhr zu verschließen, die Fenster zu vergittern. In der Praxis sind diese Vorschriften jedoch oft ignoriert worden, und die Zwangsarbeiter hatten sehr wohl eigene Kammern in den Wohnhäusern der Bauern. „*Die haben ein Zimmer gehabt, ein Stübchen. Da war ein Bett drin und ein Stuhl und ein Schrank. Hat jede ihr Zimmer gehabt*“, erzählte beispielsweise Zeitzeugin Anneliese C. aus Ottensoos. Und bei den Eltern des Bauernsohns Bernhard M. aus Betzmannsdorf schlief die polnische Magd gemeinsam mit der deutschen Magd in einer Magdkammer. Auch auf dem Simonshof in Kleinrinderfeld (Landkreis Würzburg) standen im geräumigen Obergeschoss des Wohnhauses für die insgesamt drei Fremdarbeiter Zimmer zur Verfügung.

Auf dem Land entstanden so nicht selten familienähnliche Bindungen, besonders wenn die Fremdarbeiter noch sehr jung nach Deutschland gekommen waren. Archip W. erzählte, das Bauernpaar, bei dem er arbeitete, sei für ihn ein Familienersatz gewesen: „*Die waren meine Leute, ich hab zu denen ‚Vater‘ und ‚Mutter‘ gesagt*“

Verpflegung

Auf den Bauernhöfen saßen die Zwangsarbeiter gewissermaßen an der Nahrungs-Quelle. Den in der Landwirtschaft eingesetzten Zwangsarbeitern standen auf diese Weise qualitativ höherwertige Nahrungsmittel zur Verfügung als den zwangsverpflichteten ausländischen Industriearbeitern, und damit hatten die Landarbeiter auch deutlich höhere Überlebenschancen. Aus diesem Grund wies die Mutter des ehemaligen poln. Fremdarbeiters Stefan W. ihren Sohn an, sich als Landwirt auszugeben, falls er nach Deutschland gehen müsse: „*Und ich hab gesagt, ich bin Landwirt, Landwirtschaft, ich hab gar keine Landwirtschaft gehabt,*

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Die auf dem Hof lebenden Zwangsarbeiter aßen aufgrund der gemeinsamen Arbeitszeiten zu denselben Zeiten wie die Bauern, auch im Lager untergebrachte Zwangsarbeiter wurden tagsüber beim Arbeitgeber versorgt. Ein Großteil der befragten ehemaligen Betroffenen berichtet davon, dass sie gemeinsam mit der Bauersfamilie die Mahlzeiten eingenommen haben. So auch auf dem seit 2002 im Freilandmuseum Bad Windsheim wiederaufgebauten Simonshof aus Kleinrinderfeld (Landkreis Würzburg), wo die Bäuerin Elisabeth Borst hin und wieder für alle Pellkartoffeln mit Butter kochte – eine Delikatesse in den damaligen Notzeiten. Beobachtung Nachbarsjunge.

Den französischen Kriegsgefangenen war außerdem ein gewisser „Luxus“ gewährt: Über das rote Kreuz konnten sie Pakete empfangen, gefüllt mit Nahrungsmitteln und Süßigkeiten.

Es sind aus Franken jedoch auch etliche Fälle bekannt, in denen Zwangsarbeiter aufgrund von mangelnder Verpflegung ihren Arbeitsplatz verlassen wollten. Doch schnitten sich die Bauern damit ins eigene Fleisch: Die angemessene Grundversorgung eines Arbeiters wirkte sich natürlich auch auf sein Arbeitsverhalten aus, und eine schlechte Behandlung demotivierte die Arbeiter. Andererseits provozierten manche Bauern besonders nach Ende der Erntezeit durch Nahrungsentzug bewusst eine Abwanderung ihrer Zwangsarbeiter – so geschehen im Landkreis Bamberg 1942.

Kirche und Religion

Der polnische Katholizismus war den Nationalsozialisten äußerst suspekt, stellte er doch das Glaubensbekenntnis über die Volkszugehörigkeit. Der Bericht des Sicherheitsdienstes (Außenstelle Würzburg), der als Nachrichtendienst der NSDAP in regelmäßigen Abständen die Stimmung unter der Bevölkerung aushorchte, vermerkte im Juni 1940 besorgt, dass die „*angebliche*“ Frömmigkeit der Polen „*insbesondere auf die katholische Bevölkerung* [Unterfrankens] *den stärksten Eindruck* [mache]“ – besonders deshalb, weil die Polen „*so schön*“ sängen und „*so andächtig*“ seien.

Ein Erlass des bayerischen Innenministeriums (22.7.1940) untersagte den polnischen Zwangsarbeitern das Abhalten von gemeinsamen Gottesdiensten mit der deutschen Bevölkerung. Bei Gebeten und Liedern und selbst bei der Beichte war die polnische Sprache nicht zugelassen. Religions- und Kommunionsunterricht wurden nicht genehmigt.

Die „Ostarbeiter“ aus den Gebieten der Sowjetunion waren vom Kirchenbesuch und von der seelsorgerischen Betreuung zum größten Teil völlig ausgeschlossen. Als Angehörige der russisch-orthodoxen Kirche fühlten sie sich auch kirchlich fremd in Deutschland.

Die katholischen Pfarrer standen unter besonderer Beobachtung der Nationalsozialisten. Ein Pfarrer aus Stadelhofen (Landkreis Main-Spessart) wurde im April 1940 verhaftet, weil er die Mitglieder seiner Kirchengemeinde als „*laue Christen*“ bezeichnet und ihnen empfohlen hatte, sich die Polen zum Vorbild zum nehmen. Im Mai 1940 zeigte sich die NSDAP-Kreisleitung Marktheidenfeld-Karlstadt alarmiert: An katholische Geistliche sollen Predigten in polnischer Sprache ausgegeben worden sein, die auch ohne polnische Sprachkenntnisse gehalten werden konnten. Doch gab es auch andere Pfarrer: In Rittershausen (Landkreis Würzburg), wo die deutschen Ortsbewohner sich um 9 Uhr in der Kirche versammelten,

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

wurde der Sonntagsgottesdienst für die Polen um 7 Uhr in der Früh angesetzt – eine Zeit, in der die polnischen Landarbeiter wegen der Viehfütterung auf den Höfen unabkömmlich waren.

Arbeit

Im überwiegend ländlich strukturierten Franken wurden die Zwangsarbeiter hauptsächlich in der Landwirtschaft und hier in der Feld- und Hofarbeit eingesetzt. Ende 1940 lag der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter reichsweit bei etwa 90 Prozent. Arbeit in der Landwirtschaft bedeutete jedoch nicht nur den Einsatz auf einem privaten Bauernhof. Zahlreiche Ausländer waren mit Flurbereinigungsaufgaben befasst, arbeiteten in der Forstwirtschaft oder in diversen landwirtschaftlichen Versuchs- und Zuchtanstalten und Saatzuchtbetrieben, so zum Beispiel auf dem Rittergut Burg bei Münchberg (Landkreis Hof).

Die 16jährige polnische Zwangsarbeiterin Eugenia N. musste auf einem Hof in Irsingen (Landkreis Ansbach) Schwerstarbeit verrichten, indem sie im Wald beim Holzeinschlag und Pflanzen von Bäumen eingesetzt wurde. Abends schliefen ihr von der schweren Arbeit regelmäßig die Hände ein. Beim Pflügen und Eggen hatte sie oft Probleme, den Ochsen richtig – im Gespann mit den Geräten – zu führen. Wenn es auf den Höfen mal keine Arbeit gab, wurden die Zwangsarbeiter nicht selten an andere Landwirte oder an die Gemeinde „ausgeliehen“: sie pflanzten und pflegten dann Baumsetzlinge im Gemeindewald bzw. befreiten im Winter die Dorfwege vom vielen Schnee. Auch in Dettingen und Karlstein (Landkreis Aschaffenburg) waren zahlreiche polnische Zwangsarbeiter ausschließlich im Winter als Waldarbeiter zu Baumfällarbeiten eingesetzt.

Durch die alliierte Bombardierung der industriellen Zentren Nürnberg und Schweinfurt gelangte gegen Kriegsende die Industrie allerdings allmählich auf das Land. Die rüstungswichtige Kugellagerproduktion in Schweinfurt lagerte man nach und nach ins ländliche Unterfranken aus – nach Kirchheim (Landkreis Würzburg) oder nach Ebelsbach (Landkreis Haßberge). Auch die zahlreich in Kirchheim ansässige Muschelkalk-Steinindustrie war dringend auf die vor allem aus Belgien und Frankreich stammenden Kriegsgefangenen angewiesen.

Die Beschäftigungssituation der Zwangsarbeiter im mittelfränkischen Schwabach kann für Ortschaften aller Größenordnungen als symptomatisch gelten. Es gab in Schwabach fast keinen Betrieb, bei dem nicht Zwangsarbeiter eingesetzt wurden: Ob beim Metzger, beim Friseur, in der Gärtnerei, im Schuhgeschäft oder im „Parkbad-Café – überall gehörten Zwangsarbeiter schon bald zum alltäglich Bild.

Von der Landwirtschaft über das Einzelhandelsgeschäft bis zum Industriebetrieb – ohne den „Arbeitseinsatz“ von Zwangsarbeitern wäre die deutsche Wirtschaft während des Zweiten Weltkriegs nicht überlebensfähig gewesen.

Die fremde Sprache war zunächst ein fundamentales Problem in der Zusammenarbeit zwischen deutschen Bauern und Fremdarbeitern. Die im Raum Markt Erlbach (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) eingesetzte ukrainische Zwangsarbeiterin Feodosia M.

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

erinnert sich: „*Das Schlimmste war: Wir haben ja keine Sprache gekannt! Da sind wir gekommen wie der, der stumm ist! Der der nicht hört und nicht reden kann. […]Wir haben ja nur durch Hören und Aufpassen, was die Leute sagen, haben wir das alles gelernt.“*

Nach einigen Wochen verstanden die ausländischen Landarbeiter meist das wichtigste deutsche Arbeitsvokabular wie zum Beispiel die Bezeichnung von Arbeitsgeräten oder Hoftieren.

Otylian W., ebenfalls polnischer Zwangsarbeiter, hat Deutsch zwar etwas verstanden, wollte die Sprache aber nicht lernen „*aus Feindseligkeit und Abneigung gegenüber denjenigen, die mich verschleppt haben*“. Aus ganz ähnlichen Motiven weigerten sich einige französische Kriegsgefangene in Unterlindelbach (Landkreis Forchheim), deutsch zu sprechen, obwohl sie nach einiger Zeit die deutsche Sprache gut verstanden.

Für die Arbeitgeber gaben die Arbeitsämter mancherorts sogar Sprachführer heraus. Neben den wichtigsten Vokabeln für die Kommunikation im Arbeitsleben boten diese Sprachführer dem deutschen Arbeitgeber außerdem das polnische Alphabet sowie dessen Aussprache, um die Fremdarbeiter auch in ihrer Muttersprache anweisen zu können.

Eine Reichstarifordnung vom 8. Januar 1940 regelte die Löhne der ausländischen Landarbeiter und teilte das Deutsche Reich in vier Lohngebiete ein. Das Wirtschaftsgebiet Bayern gehörte demnach zur niedrigsten Lohngruppe IV. Männer ab 21 Jahren erhielten in Bayern 21 Reichsmark (RM) monatlich, Frauen 15 RM, wobei diese Sätze ab Juni 1940 nur für die polnischen Landarbeiter galt, die anderen (westlichen) Ausländer erhielten den gleichen Lohn wie die deutschen Landarbeiter. Jugendliche Polen im Alter von beispielsweise 15 Jahren, von denen – wie schon gehört – zahlreiche nach Deutschland verschleppt worden waren, erhielten nur 8,50 RM (Knechte) bzw. 6 RM (Mägde). Für besonders qualifizierte Arbeiten (z. B. als Schmied oder Stellmacher) oder für „*nachweislich überdurchschnittliche Leistungen*“ wurde eine „*Höchstlohnfestsetzung für die polnischen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte*“ von 34 RM (Männer über 21 Jahre) bzw. 26 RM (Frauen über 21 Jahre) erlassen. Von den genannten Bruttolöhnen mussten die polnischen Landarbeiter Kranken-, Unfall und Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen. Ab August 1940 wurde noch eine so genannte Sozialausgleichsabgabe in Höhe von 15% des Bruttolohns einbehalten. Begründet wurde diese „Sozialausgleichsabgabe“ mit entsprechend höherer finanzieller Belastung der deutschen Arbeitnehmer durch kriegsbedingte Sonderausgaben.

Es bleibt die Frage, ob diese tariflich zugesicherten Löhne auch wirklich immer bei den polnischen Landarbeitern ankamen. Die Aussagen einiger befragter Betroffener sprechen eine andere Sprache. Dort heißt es oft, dass überhaupt kein Lohn gezahlt wurde oder die Landwirte offenbar willkürlich die Lohnhöhe festsetzten. So erging es auch der polnischen Landarbeiterin Eugenia N. auf einem Hof in Irsingen (Landkreis Ansbach): sie bekam von der Hofbesitzerin Kleidung und Kost – an Festtagen auch bessere – , jedoch kein Geld. Die ukrainische Landarbeiterin Feodosia M., die auf mehreren Höfen im Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim arbeiten musste, erhielt auf einem Hof 12, auf dem anderen Hof 20 RM.

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Eine Beschwerdeinstanz hatten die Polen im Deutschen Reich nicht, sie konnten nur durch Arbeitsflucht ihren Protest gegen ungerechte Entlohnung und Behandlung äußern.

Arbeitsverweigerung, Arbeitsflucht

Es gab kaum ein „Delikt“, das die Gestapo mehr beschäftigte als die Flucht vom Arbeitsplatz und die Verweigerung der Arbeit durch Zwangsarbeiter. Von 1943 an oblag die Bekämpfung des „Arbeitsvertragsbruchs“ ausschließlich der Gestapo. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Fluchtbewegungen der Fremdarbeiter reichsweit bereits „epidemischen“ Charakter angenommen: Wurden im Januar 1943 noch 20.353 Fluchten von ausländischen Arbeitern registriert, so zählte man im Dezember 1943 schon mehr als doppelt so viele Absetzbewegungen. Gegen Kriegsende nahmen die Arbeitsfluchten nochmals drastisch zu: die Zwangsarbeiter flohen vor den alliierten Bombardements massenhaft aus den Städten, zumal sie auch keinen Zugang zu den dortigen Luftschutzbunkern hatten.

Die Motive der Zwangsarbeiter für die Arbeitsverweigerung und –flucht lagen zumeist in unerträglichen Lebensbedingungen am Arbeitsplatz– schlechte Nahrungsversorgung, schlechte Unterbringung. Die staatspolizeilichen Maßnahmen gegen „Arbeitsuntreue“ der fremdländischen Arbeiter reichten von staatspolizeilicher Verwarnung bis zur Einweisung ins Arbeitserziehungs- oder Konzentrationslager, wenn der Betroffene sich standhaft weigerte, an seine alte Arbeitsstelle zurückzukehren. Drakonische Strafen dienten der Abschreckung, wie das nachfolgende Beispiel zeigt. Der polnische Kriegsgefangene Jakob Czelusniak verließ im März 1942 die ihm kurz zuvor zugewiesene Hofstelle in Martinsheim (Landkreis Kitzingen), weil er sich durch den Bauern schlecht behandelt fühlte. Er arbeitete fortan bei einem anderen Bauern in Stetten (Landkreis Main-Spessart), der den Bürgermeister in Martinsheim um die „Freigabe“ des Polen bat. Die zuständige Gendarmerie in Marktbreit forderte jedoch Härte, „*weil sonst in allernächster Zeit mehrere Polen von den Ortschaften Martinsheim und Enheim ihre Arbeitsstelle verlassen werden, um sich eine andere Arbeitsstelle zu suchen*“. Da Czelusniak sich aber konstant weigerte, auf seine alte Arbeitsstelle zurückzukehren, wurde er nach Monaten in Polizeihaft ins Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert, wo sich seine Spur verliert.

„Arbeitsvertragsbruch“ oder „Bummelei“ konnte auch zur Einweisung in ein Arbeitserziehungslager (AEL) führen. Unterstanden der Gestapo. Nach der auf mehrere Wochen befristeten Haft, in der den Arbeitern extrem harte Arbeiten aufgebürdet wurden, kamen die Arbeiter aus diesen „KZs der Gestapo“ (Buchtitel) oft physisch und psychisch zerstört an ihre alte Arbeitsstelle zurück.

In Mittelfranken existierte seit Herbst 1942 auf dem Gelände des Nürnberger Reichsparteitages ein AEL („Russenwiese“). Nach alliierten Luftangriffen auf Nürnberg wurde das Lager ein Jahr später nach Langenzenn (Landkreis Fürth) auf das Gebiet der stillgelegten Dampfziegelei Walther verlegt. Nach Zeugenaussagen in Gerichtsprozessen der Nachkriegszeit mussten die Häftlinge in der wieder in Betrieb genommenen Ziegelei arbeiten, aber auch bei Firmen im gesamten mittelfränkischen Raum. Durch die Ausleihe von Arbeitskräften an die Privatwirtschaft profitierte die Gestapo auch noch finanziell.

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Über die Bedingungen im AEL Langenzenn berichteten Betroffene nach dem Krieg, dass sie sich „*in nichts von Lagern wie Dachau und Mauthausen unterschieden*“. Die Häftlinge wurden geschlagen, misshandelt und mit Essensentzug bestraft. Auch Exekutionen waren in Langenzenn nichts Ungewöhnliches. Noch vor dem Einrücken der Amerikaner in Langenzenn im April 1945 wurde das AEL geräumt.

Widerstand
Über organisierten Widerstand von Zwangsarbeitern in Franken ist nur sehr wenig bekannt.
Als wichtigste Widerstandsgruppe kann die von sowjetischen Antifaschisten Anfang 1943 gegründete „Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen“ gelten, die auch in Nürnberg und vor allem im unterfränkischen Ebelsbach im dortigen russischen Kriegsgefangenenlazarett tätig war und 1944 nach Unterwanderung durch die Gestapo zerschlagen wurde.

In der mainfränkischen Kleinstadt Volkach waren etwa 40 französische Kriegsgefangene als „Commando“ in der „Résistance“ organisiert. Die Einsätze dieser „Resistance“-Gruppe betrafen Lastkähne, die kriegswichtiges Material geladen hatten und die an ihrer Anlegestelle bei Volkach losgebunden werden sollten.

„Unerlaubte Beziehungen“
Neben der Flucht vom Arbeitsplatz und die Verweigerung der Arbeit durch Zwangsarbeiter gab es kaum ein „Delikt“, das die Gestapo mehr beschäftigte als der verbotene Umgang zwischen Deutschen und „Fremdvölkischen“.

Als „Blutsverbrechen“ galten den Nationalsozialisten sexuelle Beziehungen zwischen Deutschen und Polen. In den „Polenerlassen“ vom 8. März 1940 wurde den polnischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen in diesem Fall die Todesstrafe angedroht, die später auch die sowjetrussischen Gefangenen befürchten mussten.

Kasimir Jankovski und Eduard Woncik zählten zu den ersten Polen, die in Bayern wegen intimer Beziehungen zu deutschen Mädchen hingerichtet wurden. Sie sind Opfer einer Denunziation durch einen Schweinfurter Chefarzt geworden „zum Schutze der Jugend des Dorfes, wie er vorgab. Der Arzt hatte bei der Untersuchung eines 15-jährigen Mädchens aus der Nähe von Holzhausen (Landkreis Schweinfurt) eine Schwangerschaft festgestellt. Die genaue Zahl der wegen „unerlaubten“ Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen von den Sondergerichten zum Tode Verurteilten ist nicht bekannt. Gesamtsumme der ermittelten Hinrichtungen in Franken: ca. 180. In Bayern waren die Gestapokommandos aus Nürnberg, München und Regensburg für die Hinrichtungen verantwortlich. Nicht selten kam es aufgrund entsprechender Geheimerlasse des Chefs der Sicherheitspolizei im weiteren Verlauf des Krieges zu verfahrenslosen Exekutionen.

Erschießung des Polen Nikola Chomickyi
auf dem Friedhof Rothenburg in den letzten Kriegstagen.
Als öffentlichkeitswirksame Methode der Abschreckung scheuten „Volksgenossen“ auch nicht davor zurück, die betroffenen deutschen Frauen kahl zu scheren und durch den Ort zu treiben. Ein 18jähriges Mädchen aus dem Würzburger Raum wurde nach Bekanntwerden einer sexuellen Beziehung mit einem jungen Polen mit abgeschnittenem Haar und einem

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

umgehängten Schild mit der Aufschrift „*Diese Ehrlose hat sich mit einem Polen eingelassen“* durch die Dorfstraßen geführt. Anschließend musste es eine zweijährige KZ-Haft in Ravensbrück verbüßen. Einer Bäuerin aus Diespeck (bei Neustadt/Aisch) widerfuhr Ähnliches. Rolf Hochhuth: Eine Liebe in Deutschland, Dort wird auch Bezug genommen auf eine wahre Begebenheit zwischen der Bez. einer Deutschen und eines franz. Kriegsgefangenen im unterfränkischen Ort Bramberg. Der Frau wurde ein Schild umgehängt: „*Ich habe die deutsche Frauenehre beschmutzt.“*

Deutsche Männer hatten bei geschlechtlichem Verkehr mit polnischen Frauen weniger zu befürchten, was die im „Dritten Reich“ herrschende Doppelmoral unterstreicht. In der Regel wurden sie nur staatspolizeilich verwarnt, nur selten sind Fälle einer strengeren Bestrafung überliefert.

Gefangenenbücher Rothenburg

Zu Rothenburg gibt es ferner noch die Überlieferung der bruchstückhaft überlieferten Gefangenenbücher des Amtsgerichtsgefängnisses, die erst 2008 ins Staatsarchiv Nürnberg gelangte. In den Gefangenenbüchern werden zum einen alle vorgeladenen Personen, Deutsche wie nicht-deutsche Zwangsarbeiter, vermerkt und zum anderen alle Verurteilten. Vorgeladen heißt auch, dass Zwangsarbeiter wegen irgendwelcher „Verfehlungen“ lediglich belehrt wurden, ohne anschließend inhaftiert zu werden. Gesamtzahl der nicht-deutschen Gefangenen im Amtsgerichtsgefängnis in den Jahren 1939 bis 1945: 247. Gesamtzahl der deutschen Gefangenen im Amtsgerichtsgefängnis in den Jahren 1939 bis 1945: 296. Haftgründe meist nicht genannt. Nach dem Krieg wurde das Gefangenenbauch von den Amerikanern weitergeführt: 1945-47: 118 ehem. Zwangsarbeiter vorgeladen, 29 verurteilt, 630 Deutsche vorgeladen, 129 verurteilt. Haftgrunde nach dem Krieg: Diebstahl, Lebensmittelkartenbetrug, Urkundenfälschung, Verstoß gegen die milit. Ordnung.

Ferner ist eine Verstorbenenliste des Amtsgerichtes Rothenburg o.d.T. überliefert, erstellt am 12.12.1950:

Demnach sind während der Kriegszeit verstorben:

Polen:	283
Jugoslawen:	2
Franzosen:	9
Tschechen:	10
Italiener:	4
Schweiz:	2
Russen:	12
Rumänien:	1
Belgier:	4
Ungarn:	2

Ein Abgleich der Liste mit den Einträgen im Gefangenenbuch ergab zwar, dass alle in den Gefangenenbüchern verzeichneten Ausländer sich auf der Liste wieder fanden, jedoch für keinen ein Hinweis gefunden werden konnte, der auf einen Tod während der Haftzeit hinweist. Die Auswertung dieser Listen und Bücher ist noch ein Desiderat.

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Freizeit in Unfreiheit

Der Sonntag für die in der Landwirtschaft arbeitenden Zwangsarbeiter weitestgehend arbeitsfrei, lediglich das Vieh musste gefüttert werden. Der Spielraum der Freizeitgestaltung war angesichts der „Polenerlasse“ und anderer Vorschriften allerdings ausgesprochen eng. Die Teilnahme an öffentlichen und kulturellen Veranstaltungen (Kino, Theater, Tanz- und Musikveranstaltungen) waren den Fremdarbeitern nicht erlaubt, Zuwiderhandlungen wurden *bestraft.*

Üblicherweise traf man sich sonntags oder am Abend auf den Höfen der Arbeitskollegen. Bereits diese innerörtlichen Treffen wurden vom Nazi-Regime kritisch gesehen, da man dahinter sogleich subversive Tätigkeiten vermutete. Aus Aub (Landkreis Würzburg) ist überliefert, dass sich die Zwangsarbeiter dort sonntags oft im Hof eines Fotoateliers trafen – unter dem „Vorwand“, Passbildaufnahmen machen lassen zu müssen.

Dorfwirtschaften waren nach den Vorschriften als Treffpunkte für die Zwangsarbeiter zwar tabu. Doch gibt es zahlreiche Belege dafür, dass sich ausländischen Landarbeiter – bei Duldung durch die Bauern – durchaus in Wirtshäusern aufgehalten haben, vor allem zum Kartenspiel. Wassilij M. und Iwan C., zwei bei Schwabach eingesetzte osteuropäische Zwangsarbeiter, gingen ein mehrfaches Risiko ein, denn sie spielten einerseits in Gastwirtschaften ihre Kartenspiele und anderseits verließen sie dazu noch die Dorfgrenze: „*Also […] abends waren wir beim Kohlbauer, da haben wir immer Karten gespielt und dann beim Fischer, in Gallhofen. […] Naja, verpfiffen wurden wir irgendwie wegen Kartenspielerei. ….] Ich hab eine Strafe bezahlt. […] Wir haben sogar Karten gespielt, als Nürnberg bombardiert wurde, da haben wir blaue Lampen rein gedreht und die Bauern, die sind in den Keller gegangen und wir haben weiter Karten* [gespielt].“

Auch zum Musizieren und Singen kamen die Zwangsarbeiter auf den Höfen zusammen. Ebenso sind die Zwangsarbeiter nicht selten bei Familien- und Dorffesten eingebunden worden, doch immer mit dem Risiko der Denunziation. Eine Zeitzeugin erinnert sich noch heute, dass auf den Dorffesten in Ottensoos (Nürnberger Land) eine polnische Zwangsarbeiterin die Bewohner mit einem Händelauf erfreut hat.

In ihrer knapp bemessenen Freizeit waren Zwangsarbeiter auch kunsthandwerklich tätig, haben kleine Holzkisten oder Spielzeug angefertigt, um sie gegen Lebensmittel einzutauschen oder um sich damit ein wenig Geld hinzuzuverdienen.

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter von den Alliierten als „Displaced Persons“ (= „entwurzelte Menschen“) zunächst in Lagern zusammengefasst, um ihre Rückkehr in die Heimatländer („Repatriierung“) vorzubereiten. Als Lager dieser „Displaced Persons“ (DP) dienten auch in Franken vorwiegend bereits bestehende Einrichtungen wie ehemalige Kasernen der Wehrmacht oder der SS, ehemalige Kriegsgefangenen- bzw. Fremdarbeiterlager sowie requirierte Wohnsiedlungen, Privatwohnungen, Hotels bzw. Krankenhäuser. In einer Statistik der amerikanischen

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Militärregierung wurde die Zahl der „Displaced Persons“ in allen drei fränkischen Bezirken im Jahr 1947 mit 117.130 angegeben.

Zu den mit etwa 17-20.000 dort untergebrachten Polen bayernweit größten DP-Lagern überhaupt zählte das ehemalige Kriegsgefangenenlager in der unterfränkischen Ortschaft Wildflecken (Landkreis Bad Kissingen). Die DPs in Wildflecken lebten in etwa 60 Baracken, jedes Haus war durchschnittlich mit 350 Personen besetzt. Es existierten auch zahlreiche Lager, die ausschließlich jüdischen DPs vorbehalten waren, so zum Beispiel die mit 2.800 Menschen belegte ehemalige Hermann-Göring-Siedlung („Westsiedlung“) in Windsheim, die von den Ortsansässigen geräumt werden musste. Das Lager bestand aus 56 kleinen Siedlungshäusern und 16 mehrstöckigen Wohnblocks und bot 1946 2.800 Menschen Platz. Im Juli 1949 verließen die letzten Juden Windsheim

Doch nicht alle „Displaced Persons“ sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Für viele gab es angesichts der Grenzverschiebungen zwischen Polen und der Sowjetunion keine Heimat mehr. Dazu trat die begründete Befürchtung vieler ehemaliger Zwangsarbeiter, in der sowjetischen Heimat verfolgt oder diskriminiert zu werden. Die Verzweiflung der Betroffenen über die bevorstehende Rückführung war teilweise so groß, dass – wie im Januar 1946 im Lager Dachau geschehen – neun sowjetische DPs sich in den Lagerbarracken erhängten und 21 sich schwere Verletzungen zufügten, als sie von amerikanischen Soldaten in bereit stehende Züge gebracht werden sollten mit Zielrichtung Hof/Plauen bzw. Bebra/Eisenach, wo die sowjetischen DPs Vertretern der Roten Armee zu übergeben waren. Eine Vielzahl derartiger Transporte war mit ähnlichen Widerständen der DPs konfrontiert: In Plattling, Kempten, Lienz und sogar in Kriegsgefangenenlagern in den USA (FortDix/New Jersey, Camp Rupert/Idaho) schnitten sich sowjetische DPs Kehlen und Pulsadern auf, erhängten sich an Balken und Etagenbetten in den Baracken „*und waren weder mit Schlagstöcken noch mit Tränengas dazu zu bewegen, sich freiwillig in die Hand der Roten Armee zu begeben.*

Viele DPs wanderten nach Übersee aus oder blieben dauerhaft in Deutschland, wo sie aus den Lagern in eigens erbaute Siedlungen einzogen oder in den Dörfern blieben, in denen sie schon während des Krieges im „Arbeitseinsatz“ waren. Auch als die Lager allmählich aufgelöst wurden und die „heimatlosen Ausländer“, so die offizielle Amtsbez. in von der Bundesregierung mit Marshallplan-Geldern eigens gebaute Wohnsiedlungen umzogen, blieben die ehemaligen DPs meist weiter unter sich. Wohnsiedlungen für „heimatlose Ausländer“ entstanden zum Beispiel in Bielefeld („Beckhofsiedlung“) , in Deggendorf, in Passau-Kohlbruck oder in München-Ludwigsfeld, wo 1952 640 Wohneinheiten für 873 Deutsche und 2.025 „heimatlose Ausländer“ fertiggestellt wurden, die 22 Nationalitäten und 13 Religionsgemeinschaften angehörten. Es entstanden Gettos, mit denen die deutsche Bevölkerung meist wenig zu tun haben wollte.

Auch in der mittelfränkischen Kleinstadt Weißenburg entstand eine Siedlung mit 52 Wohnungen für „heimatlose Ausländer“, die im Februar 1952 eingeweiht wurde und für 198 ehemalige polnische Fremdarbeiter.

Die deutsche Staatsbürgerschaft haben die befragten ehemaligen Zwangsarbeiter ausnahmslos erst relativ spät angenommen: Peter D., Stefan W. und Archip W. Mitte der 1960er Jahre,

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Feodosia M. Ende der 1980er Jahre, Stefan W., Wassilij M. und Iwan C. gar erst in den 1990er Jahren. Die deutsche Staatsbürgerschaft bedeutete für die Befragten nicht mehr als eine Formalie und spielte für die Integration offenbar nur eine untergeordnete Rolle. „*Naja, dann hab ich gedacht, ‚Jetzt bist du so lange da, dann nehm ich's halt'. […] Wenn ich mal heim gefahren bin, dann hab ich immer gesagt ‚Ich bin eigentlich ein Pole', aber ich muss sagen, staatenlos. Haben die in so ein Buch rein geschrieben. Staatenlos haben Sie mich gemacht. Staatenlos, Du bist ja gar nichts! Du gehörst ja nirgends hin. Du gehörst nach Polen nicht und nach Deutschland nicht! Naja, und dann hab ich gedacht „Willigst du halt ein, dann hast du deine Ruhe", das kostete, glaub ich, so 2000 Mark."* (Archip W.) Die Erlangung der Staatsbürgerschaft ist fast allen Befragten vor allem auch durch die damit verbundenen hohen Kosten in Erinnerung geblieben. Selbst die Kinder der ehemaligen Fremdarbeiter erhielten nicht automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, auch sie mussten sich darum bemühen und sie beantragen. Maria H., die Tochter der ehemaligen ukrainischen Fremdarbeiterin Feodosia M., erinnert sich: „*Ich hab die* [deutsche Staatsbürgerschaft] *nicht automatisch gekriegt. Ich hatte einen Ausweis: Staatenloser Ausländer mit Daueraufenthaltsrecht. Das war so ein blauer Pass, und ich hab dann irgendwann gesagt: ‚Ich bin doch hier daheim! […] Ich gehör nirgends anders hin, ich bin hier aufgewachsen, ich bemühe mich um die deutsche Staatsbürgerschaft'. – das hat sich auch länger hingezogen, weil ich dann wieder die Lust verloren habe – […] ich glaube, 21 bin ich gewesen, als ich sie dann endgültig, mit Urkunde, gekriegt habe*.

Beispiele dafür, dass Franken für diese ehem. Zwangsarbeiter zur zweiten Heimat wurde:

Biographien

Peter D.

Als die Familie Peter D.s 1942 von den deutschen Besatzern aufgefordert wurde, ein Familienmitglied aus der Ukraine nach Deutschland zu schicken, fiel die Entscheidung schnell auf den 17jährigen Sohn Peter: Der Bruder war mit seinen sieben Jahren zu jung, der Vater wollte die Mutter nicht verlassen. So erreichte Peter D. nach viertägiger Reise ein Lager in Weiden in der Oberpfalz. Von da aus ging es weiter zu einem Bauernhof in Buch am Wald (Landkreis Ansbach). Dort bestand dringender Arbeitskräftebedarf, denn der Bauer war im Krieg gefallen und die Bäuerin mit der anfallenden Arbeit alleine gelassen.

Auf dem Hof wurde er wie ein Familienangehöriger behandelt. Er schlief im Haus, aß mit am Tisch der Bauernfamilie und integrierte sich auch schnell in die Dorfgemeinschaft, spielte sogar Schlagzeug in der Dorfkapelle. Er wurde schon bald mit einer höchst verantwortungsvollen Aufgabe betraut: Jeden Morgen brachte er – auch nach Kriegsende – mit dem Pferdefuhrwerk die Milch aller Bauern im Dorf zur Molkerei in die nächst größere Ortschaft Leutershausen – die Dorfbewohner schätzten ihn und vertrauten ihm.

Erstaunlich ist, dass das Kriegsende für Peter D. keine Zäsur bedeutete: er kam in kein Lager und arbeitete einfach weiter auf dem Bauernhof in Buch am Wald. 1948 lernte er bei örtlichen Tanzveranstaltungen seine spätere deutsche Frau Babette kennen und entschied sich dafür, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Mit der Heirat im Jahr 1965 hat Peter D. auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, bis dahin hatte er den Status als „heimatloser

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Ausländer“. Nach der Heirat arbeitete er bis 1985 im AEG-Werk in Rothenburg ob der Tauber.

Mit seiner Familie in der Ukraine hatte Peter D. fast ein halbes Jahrhundert keinen Kontakt. Erst in den 1990er Jahren fuhr er mit seiner Frau und seinen zwei Söhnen in die ukrainische Heimat – ans Grab seiner Eltern und zu seinem Bruder. Das Brüderpaar fand keine gemeinsame Sprache mehr – im wörtlichen wie auch übertragenen Sinn: Peter D. hatte in der über 50jährigen Abwesenheit von zuhause seine Muttersprache vollkommen verlernt.

Archip W.
Nach einer langen Fahrt im Viehwaggon kam Archip W. als landwirtschaftlicher Arbeiter auf einen Bauernhof nach Markt Taschendorf (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim). Dort bekam er die Repressionen des nationalsozialistischen Regimes schnell zu spüren. Die Nacht verbrachte er eingeschlossen in seiner mit einem vergitterten Fenster versehenen Kammer. Wollte er ins Dorf gehen, musste er ein „OST“-Abzeichen tragen. Das Verhältnis zu seinem Arbeitgeber war dennoch herzlich, er wurde Teil der Familie, nannte die Bauersleute „Vater“ „Mutter“ und brachte dem Sohn die ukrainische Sprache bei.

Nach Kriegsende blieb Archip W. noch bis 1950 auf dem Hof in Markt Taschendorf – dem Ort, wo er auch seine deutsche Ehefrau Margarete fand. Schon während des Krieges lernten sie sich kennen, doch aus Angst vor Repressalien kam es zunächst zu keinen weiteren Kontakten.

In den 1960er Jahren baute sich die größer gewordene Familie in Diespeck (bei Neustadt/Aisch) ein Haus. Archip W. arbeitete bei verschiedenen Firmen in der Region, aber auch in Baden-Württemberg, wo die Beschäftigungssituation in den 1950er Jahren wesentlich besser war als in Bayern. Im Dorf fühlte er sich immer – bis heute – bestens integriert. Lange Zeit ist er Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr gewesen. In seine alte Heimat ist Archip W. erst 1990 wieder gefahren – 48 Jahre nach seiner Deportation. Er traf dort seine 95jährige Mutter und seine zwei Schwestern wieder. Das Angebot, dort zu bleiben, lehnte er jedoch ab: „*Ich bleib, wo ich bin, ich find mich da nicht mehr zurecht.*“

Entschädigung
Im Oktober 1998 einigte sich die Regierungskoalition von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen darauf, eine Bundesstiftung zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern zu gründen, an der auch die Industrie beteiligt werden sollte. Das Vermögen der im Jahr 2000 gegründeten Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ in Höhe von 10,1 Milliarden DM wurde aus Mitteln der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und des Bundes zur Verfügung gestellt. 4,37 Milliarden Euro sind bis Ende 2006 an 1,66 Millionen ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer gezahlt worden.

Für weit über 1000 Entschädigungsanträge, die den mittelfränkischen Raum betreffen, hatte das Bayerische Staatsarchiv Nürnberg aufwändige Recherchen durchzuführen. Da die ehemaligen Zwangsarbeiter oft nur sehr vage Angaben über ihren „Arbeitseinsatz“ machen konnten, war es für die Archivmitarbeiter nicht immer einfach, den Nachweis zu führen.

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Die Zahlungen waren in erster Linie für Betroffene gedacht, die unter Haftbedingungen bzw. besonders schlechten Lebensumständen Zwangsarbeit leisten mussten (so genannte Kategorien A und B). Die Höhe der Zahlungen wurde anhand dieser beiden Kategorien und einer weiteren Kategorie C, die in Ausnahmen Zahlungen an Opfer mit anderen Leidensmerkmalen zuließ und vor allem Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft betraf, pauschaliert. Demnach erhielten die Leistungsberechtigten der Kategorie A bis zu 15.000 DM (7.670 €) und die der Kategorien B und C bis zu 5.000 DM (2.560 €) – Summen, die mehr eine Geste des guten Willens dokumentieren als das erlittene Unrecht wiedergutmachen können.

Wichtiger Hinweis zum Gebrauch dieses Vortrages:

© Herbert May

Das Manuskript dieses Vortrags ist ausschließlich für private Zwecke gedacht.

Eine wie auch immer geartete Veröffentlichung ist seitens des Autors ausdrücklich untersagt.
Eine mögliche Veröffentlichung unterliegt seiner Genehmigung.

Der Verein Alt-Rothenburg hat die ausdrückliche Erlaubnis,
diesen Vortrag auf seiner Homepage zu veröffentlichen.

© Herbert May, M.A. - Freilandmuseum Bad Windsheim

Heruntergeladen zur privaten Nutzung von der Homepage des Verein Alt-Rothenburg
www.alt-rothenburg.de

Ansbach, 15. Dez. 2009
Jochen Ehnes, Internetbeauftragter des Verein Alt-Rothenburg

Kontakt zum Autor:

Herbert May M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Fränkisches Freilandmuseum
Eisweiherweg 1
91438 Bad Windsheim

Tel.: 09841-66800
Fax: 09841-668099

www.freilandmuseum.de

Mehr Informationen rund um die Geschichte Rothenburg ob der Tauber und seiner Region finden Sie auf der Internetseite

www.alt-rothenburg.de